

# KMU WAHLCHECK

des Europaverbandes der Selbständigen -  
Deutschland (ESD) e.V. zur Landtagswahl  
2026 in Baden-Württemberg



**SELBSTÄNDIGKEIT STÄRKEN, ZUKUNFT SICHERN!**

Für eine Politik, die Soloselbständige und kleine  
Unternehmen fördert und voranbringt.

[www.esd-ev.de](http://www.esd-ev.de)



Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V.  
Confédération Européenne Des Indépendants - C.E.D.I.



# LANDTAGSWAHL 2026



## Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe ESD-Mitglieder in Baden-Württemberg,

am 8. März 2026 wird ein neuer Landtag gewählt. Für Soloselbständige sowie Inhaber kleinster und kleiner Unternehmen ist diese Wahl im Alltag oft näher, als man denkt. Denn vieles, was Unternehmertum leichter oder schwerer macht, wird im Land entschieden und später vor Ort umgesetzt. Gerade in Baden Württemberg, wo mittelständische Betriebe, Handwerk, freie Berufe und zahlreiche Soloselbständige die wirtschaftliche Substanz prägen, ist das spürbar. Diese Struktur ist auch ein Grund dafür, dass der ESD in diesem Bundesland besonders viele Mitglieder und angeschlossene Organisationen hat.

Mit dem ESD KMU Wahlcheck zur Landtagswahl 2026 möchten wir Ihnen eine Orientierung geben, welche konkreten Aussagen die

Parteien in ihren Programmen treffen und was das aus Sicht unserer Unternehmen bedeuten kann. Die Auswertung der Programme wurde dabei auch durch Künstliche Intelligenz unterstützt. Wir arbeiten überparteilich und unabhängig und betrachten die Programme konsequent aus der Perspektive von Soloselbständigen sowie Inhabern kleinster und kleiner Unternehmen.

Mit dem KMU Wahlcheck 2025 möchten wir Unternehmerinnen und Unternehmern eine Entscheidungsgrundlage bieten, um eine Wahl zu treffen, die den Mittelstand stärkt und die wirtschaftliche Zukunft in Baden-Württemberg sichert.

## Die Spitzenkandidaten im Überblick



*Bündnis 90 Die Grünen*  
**Cem Özdemir**

**Wirtschaftliche Ausrichtung:** Er verbindet Transformation und Klimaschutz mit einem klaren Fokus auf wirtschaftliche Themen im Land und setzt auf ökologisch ökonomische Modernisierung.

Cem Özdemir wurde im Dezember 1965 in Bad Urach geboren, absolvierte nach dem Realschulabschluss eine Erzieherausbildung und schloss ein Studium der Sozialpädagogik an; seine bundespolitische Laufbahn begann mit dem Einzug in den Bundestag 1994, er war später unter anderem Mitglied des Europäischen Parlaments und führte die Bundespartei als Co Vorsitzender von 2008 bis 2018, zuletzt war er von Dezember 2021 bis Mai 2025 Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft.



*CDU*  
**Manuel Hagel**

**Wirtschaftliche Ausrichtung:** Er stellt Wettbewerbsfähigkeit, Bürokratieabbau und eine wirtschaftsnahe Agenda für den Standort Baden Württemberg in den Mittelpunkt.

Manuel Hagel ist im Mai 1988 in Ehingen Donau geboren, absolvierte eine Ausbildung zum Bankkaufmann, bildete sich zum Betriebswirt weiter und war vor dem Landtageinzug Filialdirektor der Sparkasse Ulm in Ehingen; 2016 wurde er erstmals in den Landtag gewählt, seit 2021 Fraktions- und seit 2023 Landesvorsitzender der CDU Baden Württemberg.



*SPD*  
**Andreas Stoch**

**Wirtschaftliche Ausrichtung:** Er setzt auf eine stärker staatlich flankierte Politik mit Schwerpunkt auf Arbeit, Bil-

dung und sozialer Absicherung als Standortfaktoren.

Andreas Stoch wurde im Oktober 1969 in Heidenheim geboren, studierte Jura und arbeitete als Rechtsanwalt; 2009 zog er in den Landtag ein, war ab 2013 Kultusminister und führt seit 2016 die SPD Landtagsfraktion, zudem ist er seit Ende 2018 Landesvorsitzender.



*FDP*  
**Dr. Hans Ulrich Rülke**

**Wirtschaftliche Ausrichtung:** Er betont eine wirtschaftsliberale Linie mit Fokus auf Bürokratieabbau und unternehmerische Freiheit.

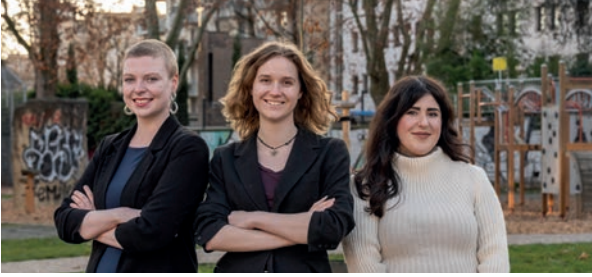
Hans Ulrich Rülke wurde im Oktober 1961 in Tuttlingen geboren, promovierte 1991 und arbeitete als Gymnasiallehrer; 2006 wurde er erstmals in den Landtag gewählt und ist seit 2009 Vorsitzender der FDP Landtagsfraktion, seit Januar 2025 zudem Landesvorsitzender.



*AfD*  
**Markus Frohnmaier**

**Wirtschaftliche Ausrichtung:** Er tritt mit einer fundamental regulierungs- und klimapolitikkritischen Linie an und verbindet dies mit einem Kurs gegen die bisherige Landes- und Bundespolitik in zentralen Feldern.

Markus Frohnmaier ist im Februar 1991 in Craiova Rumänien geboren, wurde als Kind adoptiert und wuchs in Weil der Stadt Schaffhausen auf; er begann 2011 ein Jurastudium in Tübingen, das er nicht abschloss, zog 2017 erstmals in den Deutschen Bundestag ein und ist seit 2022 Co Vorsitzender des AfD Landesverbands Baden Württemberg.



*Die Linke*

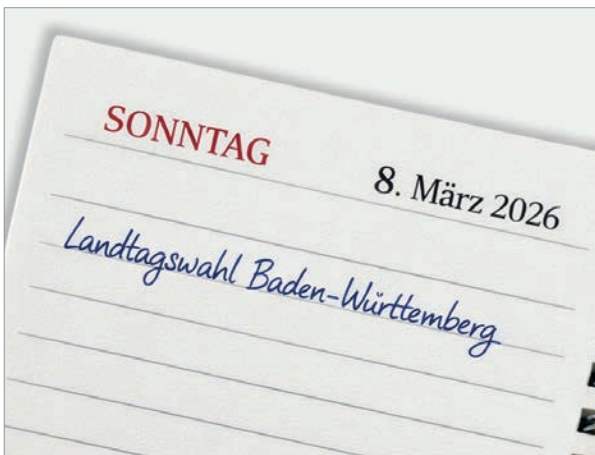
**Kim Sophie Bohnen, Amelie Vollmer & Mersedeh Ghazaei**

Wirtschaftliche Ausrichtung: Das Spitzentrio setzt vor allem auf soziale Schwerpunkte wie Mieten und Wohnen, öffentliche Daseinsvorsorge und Bildungsgerechtigkeit als Leitplanken der Landespolitik.

Kim Sophie Bohnen ist in Itzehoe geboren, absolvierte 2017 eine Ausbildung zur Bankkauffrau und studierte von 2020 bis 2024 Politikwissenschaft und Soziologie in Heidelberg; sie arbeitet seit der Bundestagswahl 2025 als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Linken Bundestagsfraktion.

Amelie Vollmer kandidiert im Wahlkreis Offenburg, arbeitet als Büroangestellte, ist seit 2021 Co Vorsitzende des Kreisverbands Ortenau und seit 2023 Mitglied des Landesvorstands.

Mersedeh Ghazaei wurde in Esslingen geboren und ist in Stuttgart aufgewachsen, unterrichtete nach dem Abitur Deutsch als Fremdsprache für Geflüchtete, studiert im Master an der Universität Stuttgart und arbeitet dort als wissenschaftliche Mitarbeiterin.



## Über den Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V.

Der ESD e.V. ist die parteiunabhängige Interessenvertretung für Soloselbständige sowie Inhaber kleinster, kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) in Deutschland. Als branchenübergreifender Dachverband bündelt er zudem die Interessen von Gewerbe-, Branchen- und Wirtschaftsverbänden, Innungen und weiteren Selbständigen-Organisationen.

Über 98 Prozent aller in Deutschland registrierten Unternehmen zählen zu den kleinen und mittelständischen Unternehmen. Dazu gehören Kleinstbetriebe, inhabergeführte Unternehmen und Soloselbständige. Sie sichern nicht nur Arbeits- und Ausbildungsplätze, sondern tragen wesentlich zur regionalen Wertschöpfung, Innovationskraft und wirtschaftlichen Stabilität bei. Gerade in Baden-Württemberg prägen sie in besonderem Maße die wirtschaftliche Struktur und Wettbewerbsfähigkeit des Landes.

Der ESD engagiert sich bundesweit und bringt die Interessen von Soloselbständigen sowie kleinsten und kleinen Unternehmen auch auf Landesebene aktiv in politische Entscheidungsprozesse ein. Er beteiligt sich an Gesetzgebungsverfahren und Konsultationen – etwa über das Beteiligungsportal Baden-Württemberg – und sucht den konstruktiven Dialog mit politischen Entscheidungsträgern vor Ort. So stellt der ESD sicher, dass die Perspektive kleiner Unternehmen auch in der Landespolitik frühzeitig und sachorientiert berücksichtigt wird.

Ziel des ESD ist eine selbständigenfreundliche, praxistaugliche und verlässliche Politik – auf Bundes- wie auf Landesebene.

**überparteilich – unabhängig – kompetent**

[www.esd-ev.de](http://www.esd-ev.de)

[www.facebook.com/esd.ev](https://www.facebook.com/esd.ev)

[www.x.com/ESD\\_eV](https://www.x.com/ESD_eV)

[www.linkedin.com/company/esd-ev](https://www.linkedin.com/company/esd-ev)

# Forderungen des ESD für Baden-Württemberg



## ***1. Bürokratiebelastung senken – verbindliche KMU-Praxisprüfung einführen***

Soloselbständige und kleine Unternehmen verfügen weder über Rechtsabteilungen noch über eigene Compliance-Strukturen. Neue Landesgesetze und Verwaltungsvorschriften müssen daher verpflichtend auf ihre Auswirkungen auf Kleinst- und Kleinbetriebe geprüft werden. Eine verbindliche KMU-Praxisprüfung mit Beteiligung der Betroffenen würde sicherstellen, dass Regelungen praxistauglich, verständlich und umsetzbar bleiben.

## ***2. Förderprogramme vereinfachen – Zugang für Kleinstbetriebe erleichtern***

Baden-Württemberg verfügt über zahlreiche Förderinstrumente, doch Antragsverfahren sind für Soloselbständige häufig zu komplex. Für Förderbeträge bei kleineren Projekten braucht es stark vereinfachte Verfahren, reduzierte Nachweispflichten und eine zentrale digitale Antragstellung. Förderpolitik darf nicht nur auf größere Mittelständler zugeschnitten sein.

## ***3. Mikro-Investitionen ermöglichen – Landesinstrument für kleine Betriebe schaffen***

Viele Soloselbständige und kleine Unternehmen benötigen keine millionenschweren Innovationsprogramme, sondern niedrigschwellige Investitionshilfen für Digitalisierung, Ausstattung oder Betriebsmodernisierung. Ein landesweites Mikro-Investitionsprogramm mit überschaubaren Zuschüssen oder Nachrangdarlehen würde gezielt diese Gruppe stärken.

## ***4. Öffentliche Aufträge für kleine Unternehmen zugänglich machen***

Die öffentliche Hand ist ein zentraler Auftrag-

geber im Land. Vergabeverfahren müssen so gestaltet sein, dass auch Soloselbständige und kleine Betriebe realistische Chancen haben. Eine stärkere Losbildung, praktikable Wertgrenzen und vereinfachte digitale Verfahren würden die Beteiligung kleiner Anbieter deutlich erhöhen.

## ***5. Digitale Infrastruktur im ländlichen Raum priorisieren***

Gerade Soloselbständige im ländlichen Raum sind auf stabile und leistungsfähige Breitband- und Mobilfunknetze angewiesen. Der Ausbau muss gezielt dort priorisiert werden, wo kleine Unternehmen wirtschaftlich tätig sind – insbesondere in Gewerbegebieten, Ortskernen und wohnortnahen Arbeitsplätzen.

## ***6. Fachkräftesicherung kleinbetriebsgerecht gestalten***

Kleine Unternehmen stehen im Wettbewerb mit größeren Betrieben um Fachkräfte, verfügen jedoch über geringere Ressourcen. Landesprogramme zur Fachkräftesicherung müssen deshalb gezielt auf kleine Unternehmen zugeschnitten werden – etwa durch vereinfachte Anerkennungsverfahren, praxisnahe Beratung und Unterstützung bei Ausbildungsverbänden.

## ***7. Selbständigkeit sichtbar machen – Landesinitiative für Unternehmertum starten***

Selbständigkeit verdient gesellschaftliche Anerkennung und politische Unterstützung. Baden-Württemberg sollte eine Landesinitiative zur Förderung von Selbständigkeit starten, die Unternehmertum sichtbar macht, Gründungshemmnisse abbaut und unternehmerisches Denken stärker in Bildungsstrukturen verankert.

## Die Parteien auf dem Prüfstand

Wer ist am ehesten auf der Seite der kleinen und mittelständischen Unternehmen?

### *Was planen die Parteien für die KMU?*

Die Landtagswahl 2026 in Baden-Württemberg steht vor der Tür – und mit ihr die Frage, welche wirtschaftspolitischen Weichen in den kommenden fünf Jahren gestellt werden. Für Soloselbständige sowie kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) sind die Entscheidungen auf Landesebene von zentraler Bedeutung. Ob Förderprogramme, Bildungs- und Fachkräftepolitik, Energieversorgung, Infrastruktur oder Bürokratieabbau – viele der Rahmenbedingungen, die den unternehmerischen Alltag prägen, werden maßgeblich im Land gestaltet.

Gerade in einem innovationsstarken Industrieland wie Baden-Württemberg kommt dem Mittelstand eine besondere Rolle zu. Handwerk, produzierendes Gewerbe, Dienstleistungsunternehmen, Start-ups und Freiberufler bilden das wirtschaftliche Rückgrat des Landes. Sie sichern Arbeitsplätze, treiben Innovationen voran und sorgen für regionale Wertschöpfung – stehen jedoch zugleich vor großen Herausforderungen: steigende Energie- und Personalkosten, Fachkräftemangel, wachsende Dokumentationspflichten sowie die Anforderungen der

digitalen und ökologischen Transformation.

In dieser Auswertung haben wir die Wahlprogramme der relevanten Parteien daraufhin analysiert, welche konkreten Maßnahmen sie für Selbständige und KMU vorsehen. Unser Fokus liegt dabei auf zentralen Themen wie steuerliche Entlastungen auf Landesebene, Förderinstrumente, Vergaberecht, Digitalisierung, soziale Absicherung, Bildungspolitik und Bürokratieabbau.

Diese Übersicht soll Unternehmerinnen und Unternehmern eine sachliche Orientierung bieten und Transparenz schaffen: Welche Partei setzt welche Schwerpunkte? Wo liegen Chancen, wo mögliche Risiken für den Mittelstand im Südwesten?

Denn eine starke Wirtschaft in Baden-Württemberg braucht klare, verlässliche und mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen.



Programmtitel:

***Stabil in bewegten Zeiten***

Umfang: 87 Seiten

### ***Für Selbständige relevante Punkte***

#### ***Bürokratieabbau und Verwaltungsmodernisierung***

- » Digitalisierung wird „zum Hebel echter Entlastung“; ein Login für alle digitalen Services, digitale Antragswege ohne Medienbrüche, Automatisierung von Routinetätigkeiten, Abschaffung von Doppelstrukturen (S. 7–8)
- » Entbürokratisierung für kleine und mittlere Unternehmen; über 200 Hindernisse abgebaut; neue Regeln sollen praxistauglich bleiben; überflüssige Pflichten streichen; Verfahren einfach, digital und schnell machen; Genehmigungen beschleunigen (S. 11–12)

#### ***Förderung, Finanzierung und Gründung***

- » „Scale-up BW“ zur Unterstützung wachstumsstarker Start-ups bei Expansion und Internationalisierung; „Scaleup-Fonds BW“ mit zusätzlichem Risikokapital (S. 11)
- » Staat als Ankerkunde bei öffentlicher Beschaffung für innovative Start-ups (S. 11)
- » Stärkung von Unternehmertum; Förderung von Gründungen, Start-ups und Scale-ups (S. 7)
- » Verlängerung der Meistergründungsprämie auf 48 Monate; günstige Kredite für Gründung und Nachfolge sichern (S. 13)
- » Matching-Programm zur Unternehmensnachfolge fortführen und weiterentwickeln (S. 13)
- » Zugang zu Beteiligungskapital erleichtern (S. 12)
- » Förderungen übersichtlicher und wirksamer machen; digitale Förderdatenbank; einfachere Antragstellung, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen mit weniger Eigenkapital (S. 12)

#### ***Mittelstand, Handwerk und Einzelhandel***

- » Stärkung von Mittelstand, Handwerk und stationärem Handel (S. 11–12)
- » Unterstützung stationärer Geschäfte beim Aufbau oder Ausbau digitaler Vertriebskanäle (S. 12)
- » Kostenloser Meister; Erhöhung der Meisterprämie (S. 13)
- » Initiative „Horizont Handwerk“ zur Förderung von Fachkräftesicherung, Digitalisierung, ökologischer Transformation und Ausbildung (S. 13)

#### ***Fachkräfte und Ausbildung***

- » Förderung von Auszubildenden mit einem Startgeld für den Führerschein; Finanzierung je zur Hälfte durch Land und Ausbildungsbetrieb (S. 13–14)
- » Programme zur Wohnraumförderung für Auszubildende und Mitarbeitende, insbesondere in Tourismusregionen (S. 14)
- » Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften; Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren zur Fachkräftezuwanderung; Unterstützung der Unternehmen (S. 14)

#### ***Digitalisierung und Innovation***

- » Gezielte Förderung digitaler Technologien, insbesondere für kleine Unternehmen (S. 13)
- » Verbindung von Ökologie und Ökonomie; Unterstützung nachhaltiger Unternehmensformen wie Genossenschaften (S. 9)
- » Infrastruktur-Booster mit Fokus auf Mobilität, Digitalisierung und Energie (S. 7)

#### ***Vergabe und Arbeitsrecht***

- » Weiterentwicklung des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes; Erweiterung um regionale Tarifverträge; Absenkung des Schwellenwerts; vergabespezifischer Mindestlohn orientiert an unterster Entgeltgruppe des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes (S. 14)
- » Tariftreue auch bei länderübergreifenden öffentlichen Aufträgen (S. 14)
- » Stärkere Berücksichtigung von Inklusionsbetrieben bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (S. 14)

- » Förderung von Betriebsräten, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen (S. 14)
- » Mutterschutz für Selbständige durch Bundesratsinitiative voranbringen (S. 14)

### ***Risiken für Selbständige***

Im Programm ausdrücklich genannt:

Erweiterung des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes um regionale Tarifverträge sowie Absenkung des Schwellenwerts; vergabespezifischer Mindestlohn künftig auf Niveau der untersten Entgeltgruppe des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes (S. 14)

Weitere ausdrücklich benannte Steuererhöhungen, Abgabenerhöhungen, Umlagen oder neue finanzielle Verpflichtungen für Unternehmen sind im ausgewerteten Text nicht benannt.



Programmtitel:

***Agenda der Zuversicht***

Umfang: 57 Seiten

### ***Für Selbständige relevante Punkte***

*Vertrauen in Handwerk und Familienunternehmen* (S. 8)

- » „Handwerk, Handel und Mittelstand verdienen Vertrauen statt Misstrauen.“
- » Förderprogramm „Horizont Handwerk“ bleibt zentrales Instrument.
- » Förderung des Handels wird fortgeführt.
- » Unterstützung von Unternehmensnachfol-

ge und -übergabe.

*Entlastung der Unternehmen* (S. 8)

- » „spürbarer Bürokratieabbau, schnellere Genehmigungen und verlässliche Rahmenbedingungen“
- » Reduzierung von Berichtspflichten.
- » Digitalisierung von Verfahren.
- » Landesrechtliche Auflagen auf notwendiges Maß begrenzen.
- » Mittelstandsfreundliche Vergaben.

*Verfahrensbeschleunigung und One-Stop-Shop* (S. 8)

- » Ausweitung von Genehmigungsfiktionen.
- » Zusammenführung von Behördenkontakten nach dem One-Stop-Shop-Prinzip.
- » Einrichtung einer Ombudsstelle für Unternehmen bei Genehmigungsverfahren.

*Weniger Vorschriften, kein Gold-Plating*

- » Systematische Überprüfung bestehender Regelungen.
- » Landesrecht soll Vorgaben von Bund und Europa nicht unnötig übererfüllen.
- » Abschaffung des Landesinformationsfreiheitsgesetzes.
- » Verbindliche Verankerung des Prinzips „One in, two out“.
- » Pauschale Anhebung von Schwellenwerten für Regelungen.

Reallabore für praxisnähere Regelungen

- » Erprobung neuer Regelungen vor landesweitem Inkrafttreten.



#### *Befristung von Gesetzen und Verordnungen*

- » Grundsätzliche Befristung neuer Regelungen.

#### *Abschaffung des Widerspruchsverfahrens*

- » Abschaffung in möglichst vielen Bereichen zur Vereinfachung von Verwaltungsverfahren.

#### *Vergaberecht vereinfachen*

- » Modernes öffentliches Beschaffungswesen mit digitalen Verfahren.
- » Berücksichtigung der Interessen der lokalen und regionalen Wirtschaftsakteure und des Mittelstands.

#### *Gründung, Innovation und Finanzierung ZukunftsFonds BW*

- » Unterstützung durch Eigenkapitalinstrumente für Unternehmen im Strukturwandel.
- » Förderung von Start-ups, insbesondere in der Wachstumsphase.
- » Offenheit für Public-private-Partnership-Modelle.

#### *Standortvorteil duale Ausbildung*

- » Ausbau des dualen Systems.
- » Berufliche Schulen als Kompetenzzentren für Ausbildung, Weiterbildung, Technologietransfer und Existenzgründung.
- » Meisterausbildung kostenlos
- » Abschaffung der Meistergebühren.
- » Verdopplung der Meisterprämie auf 3.000 Euro.

#### *Baden-Württemberg für ausländische Fachkräfte attraktiv machen*

- » Stärkung der Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften.
- » Beschleunigung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse.

#### *Arbeitszeit und Arbeitsmarkt flexibilisieren*

- » Einsatz für Flexibilisierung des Arbeitszeitrechts durch Ablösung der täglichen durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit.
- » Offenheit für Ausdehnung von Teilzeitmodellen.

#### *Wohnen und Immobilien: Erwerbsnebenkosten senken*

- » Absenkung der Grunderwerbsteuer auf 3,5 Prozent.
- » Steuerliche Absetzbarkeit von Darlehenszinsen für selbstgenutzten Wohnraum auf Bundesebene anstreben.
- » Steuerlicher Abzug eines Anteils klimaschutzbedingter Kosten bei Wohngebäuden.

#### *Mietwohnungsbau stärken*

- » Einsatz für zeitweise Sonder-AfA von 50 Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten über fünf Jahre (Bundesebene).

#### *Soziale Wohnraumförderung ausbauen*

- » Eins-zu-eins-Kofinanzierung des Landes anstreben.

#### *Risiken für Selbständige*

Im vorliegenden Programm werden keine ausdrücklichen Aussagen zu

- » Erhöhungen von Steuern oder Abgaben,
- » Einführung oder Ausweitung von Umlagen,
- » neuen gesetzlichen Pflichten mit finanzieller Wirkung für Unternehmen getroffen.



Programmtitel:

***Weil es um Dich geht.***

Umfang: 58 Seiten

#### *Für Selbständige relevante Punkte*

*Keine staatliche Unterstützung ohne Standort- und Arbeitsplatzgarantie*

- » „Investitionen, Förderungen und Hilfen für Unternehmen gibt es nur, wenn zugleich Standorte und Arbeitsplätze gesichert werden.“ (S. 5)

#### *Innovations-Offensive für die Wirtschaft*

- » Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und Steigerung der Produktivität (S. 7)
- » Förderprogramme wie Batteriezellfor-

schung und Künstliche Intelligenz sollen stärker in Produktion und Transfer wirken (S. 7)

- » Institute der Innovationsallianz Baden-Württemberg werden stärker gefördert (S. 7)
- » Programm „InvestBW“ wird finanziell deutlich ausgeweitet und soll besonders nachhaltige Geschäftsmodelle fördern (S. 7)

#### *Bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen*

- » Genehmigungsverfahren werden gestrafft und beschleunigt (S. 7)
- » Abbau „unnötiger Bürokratie“ (S. 7)
- » Einführung eines „Bürokratiemoratoriums“ (S. 7)

#### *Investitionssicherheit für Betriebe im Transformationsprozess*

- » „Wir schaffen Investitionssicherheit für Betriebe, die sich auf den Pfad der Transformation machen.“ (S. 38)

#### *Digitale Unabhängigkeit als strategische Landesaufgabe*

- » Ziel: Schutz von Daten, digitale Wertschöpfung im Land halten (S. 9)

#### *Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen*

- » „Die Zukunftsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen hängt auch davon ab, wie souverän sie digitale Technologien nutzen.“ (S. 9)
- » IT-Infrastruktur soll zukunftssicher gemacht, Abhängigkeiten verringert und Cyberrisiken reduziert werden (S. 9)

#### *Landesweite KI-Strategie*

- » Entwicklung einer umfassenden KI-Strategie mit wirtschaftlicher Ausrichtung (S. 9)
- » Weiterentwicklung von Innovationsstandorten wie CyberValley und Innovationspark KI Heilbronn mit Nutzen für Wirtschaft und Wissenschaft im ganzen Land (S. 9)

#### *Energie, Klima und Transformation*

- » Klimaneutralität bis 2040 (S. 37): 80 Pro-

zent erneuerbare Energien bis 2030: Ziel an der Bruttostromerzeugung (S. 37)

- » Erhöhung des Flächenziels für Windkraft und Photovoltaik: Von 2 Prozent je Region auf 3,2 Prozent landesweit (S. 37)
- » Land vergibt Flächen für Windkraft über den Landesforst (S. 37)
- » Land bereitet Flächen für erneuerbare Energieprojekte vor: Flächen finden, kaufen und genehmigungsrechtlich vorbereiten (S. 38)
- » Zinsgünstige Darlehen und Bürgschaften für Wärmenetze: über die L-Bank für Aus- und Neubau (S. 39)
- » Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Zusammenhang mit Energieprojekten (S. 39)

#### *Landwirtschaft und Betriebe im ländlichen Raum*

- » Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe: „Präventiv legen wir besonderes Augenmerk auf die Beratung und Unterstützung unserer landwirtschaftlichen Betriebe.“ (S. 39)
- » Förderung gezielt auf die kleinteilige Struktur ausrichten (S. 38)
- » Entlohnung für Pflege von Flächen und Artenschutz: „Wer Flächen pflegt und Arten schützt, soll dafür angemessen entlohnt werden.“ (S. 38)

#### *Bauen und Wohnen*

- » Schwammstadt-Prinzip als Leitbild für neue und bestehende Quartiere: Regenwasserversickerung, begrünte Dächer, Regenwasserspeicher (S. 20)
- » Gezieltes Landesförderprogramm für Kommunen: Unterstützung bei Umsetzung klimaresilienter Bauweisen (S. 20)
- » Angepasste Landesbauordnung: Klimaresilientes Bauen soll zur Regel werden (S. 20)

#### *Vereine und Ehrenamt (wirtschaftlich relevante Rahmenbedingungen)*

- » Entlastung von Vereinen bei Bürokratie: Digitale Verfahren und landesweit einheitliche Standards (S. 52)
- » Pauschale Übernahme von GEMA-Gebüh-

ren für ehrenamtlich geführte Vereine der Breitenkultur (S. 51)

### **Risiken für Selbständige**

Im Wahlprogramm finden sich keine ausdrücklich genannten:

- » Steuererhöhungen für Unternehmen
- » Neue oder erhöhte Umlagen für Betriebe
- » Zusätzliche Abgaben für Unternehmen
- » Gesetzliche Pflichten mit ausdrücklich benannter finanzieller Mehrbelastung für Unternehmen

Daher ergeben aus dem Programm keine benannten finanziellen Belastungen für Selbständige oder kleine Unternehmen.



Programmtitel:

**Zurück auf Vorwärts**

Umfang: 97 Seiten

### **Steuerpolitik**

- » Reform der Grundsteuer (S. 96): Beendigung des „bürokratischen und intransparenten Sonderwegs des Landes bei der Grundsteuer“; Einführung eines Flächenmodells ohne Nutzung des Bodenwerts; Abschaffung der Möglichkeit zur Einführung einer Grundsteuer C
- » Grunderwerbsteuer (S. 96): Absenkung des Steuersatzes auf 3,5 Prozent; Steuerfreistellung eines Kaufpreisanteils von 500.000 Euro
- » Unternehmensbesteuerung (S. 96): Unterstützung einer Unternehmenssteuerreform mit „spürbarer Entlastung von Unternehmen“; Unterstützung einer Reform des Einkommensteuertarifs; Vollständiger jährlicher Ausgleich der „Kalten Progression“
- » Erbschaftsteuer (S. 96): Regelmäßige Anpassung der persönlichen Freibeträge an die Preisentwicklung; Beibehaltung der Verschonungsregeln bei der Fortführung eines Betriebs und dem Erhalt von Arbeitsplätzen

### **Bürokratieabbau / Verwaltung**

- » „Fortschritt statt Vorschrift: Überbordende Bürokratie zurückschneiden“ (S. 10): Kapitelüberschrift mit explizitem Ziel des Bürokratieabbaus.
- » Digitalisierung der Verwaltung (S. 50–51): „Verwaltung wie zu Kaisers Zeiten?“; „Zwei Mal fragen ist einmal zu viel“

### **Bildung / Fachkräfte**

- » Starke Wege in Ausbildung und Beruf (S. 26): mehr Chancen, mehr Wertschätzung, mehr Zukunft“
- » Realschule als „Kaderschmiede des Mittelstands“ (S. 24): Stärkung des Erfolgsmodells Realschule.

### **Bauen und Wohnen**

- » „Mehr Freiheit am Bau – Bürokratie abbauen, Kosten senken!“ (S. 32)
- » Private Vermieter stärken – Markt deregulieren! (S. 34)
- » Eigentümer entlasten – unfaire Grundsteuer reformieren (S. 36)

### **Energie**

- » „Sinnergie: Energiewende mit Verstand“ (S. 44)
- » „Freiheit als Antrieb für die Energiewende“ (S. 47)

### **Digitalisierung**

- » „Strg+Alt+Entf: Beenden, was nicht mehr nötig ist“ (S. 53)
- » „Trial + Erfolg: KI als Staatsbeschleuniger“ (S. 56)

### **Mobilität / Infrastruktur**

- » „Individuelle Mobilität ist wichtiger denn je – und ohne Auto und Straßen undenkbar!“ (S. 38)
- » „Wir brauchen eine starke Logistik!“ (S. 41)

### **Risiken für Selbständige**

Im vorliegenden Programm finden sich keine ausdrücklich benannten Maßnahmen, die

- » eine Erhöhung einer Steuer oder Abgabe,
- » die Einführung oder Ausweitung einer Umlage,
- » eine zusätzliche gesetzliche Abgabe,



- » eine neue verpflichtende finanzielle Belastung für Unternehmen vorsehen.  
Die steuerpolitischen Aussagen beziehen sich auf Entlastungen oder Reformen.



Programmtitel:

***Unser Land verdient ein Comeback.***

Umfang: 67 Seiten

### ***Für Selbständige relevante Punkte***

#### ***Energiepreise reduzieren***

- » Umleitung von über 400 Millionen Euro in einen „landeseigenen Energierabatt für Unternehmen und Bürger“ (S. 14).
- » „Subventionen für erneuerbare Energien wie Windkraft und die sogenannte Energiewende müssen beendet werden.“ (S. 98–99)
- » „Die CO<sub>2</sub>-Steuer muss abgeschafft werden.“ (S. 98–99)
- » „Radikale Technologieoffenheit bei der Energieerzeugung“, einschließlich Kernkraftwerke der 4. Generation und Small Modular Reactors (S. 98–99).

Bürokratie und Verwaltung: Moderner Staat – moderne Verwaltung

- » „Einführung einer verbindlichen, durchgängigen Ende-zu-Ende-Digitalisierung von Verwaltungsverfahren.“ (S. 98–99)

- » „Once-Only-Prinzip: Daten müssen nur einmal übermittelt werden.“ (S. 98–99)
- » „Standardisierte Prozesse und zentrale Plattformen“ (S. 98–99)
- » Nutzung von „Künstlicher Intelligenz“ zur Beschleunigung von Verwaltungsprozessen (S. 98–99).

#### ***Entlastung für mittelständische Unternehmen***

- » „Investitionsgenehmigungen beschleunigen: Neubau, Erweiterung und Ausbau von Gewerbeflächen sollen zügig erfolgen können, ohne bürokratische Hürden.“ (S. 98–99)
- » „Bauland für Industrie und Gewerbe sichern“ (S. 98–99)
- » „Mit strukturellem Bürokratieabbau ... schaffen wir ein Umfeld, in dem Unternehmen wieder investieren, innovieren und wachsen können.“ (S. 98–99).

#### ***Unternehmensgründungen fördern***

- » „Alle für eine Gründung notwendigen Behördenkontakte werden an einer Stelle gebündelt; Verwaltungen sollen als Dienstleister auftreten und Hindernisse ... aktiv abbauen.“ (S. 98–99)

#### ***Unternehmensnachfolge im Mittelstand sichern***

- » „Betriebsübernahmen dürfen nicht wie Neugründungen behandelt werden“; „Bestandsschutz und vereinfachte Verfahren“ (S. 100–101)

- » „One-Stop-Stelle: Ein Verfahren, ein Ansprechpartner, klare Fristen.“ (S. 100–101)
- » „Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer“ (S. 100–101)
- » „Ausbau landeseigener Nachfolge-Fonds mit günstigen Darlehen, Zinsförderung und Ausfallbürgschaften“ (S. 100–101)
- » „Digitale Nachfolgeplattform“ zur Vermittlung von Betrieben und Übernehmern (S. 100–101).

#### *Automobilindustrie retten*

- » Einsatz „für die Aufhebung des EU-Verbrennerverbots“ (S. 100–101)
- » „Lieferkettenverordnungen, CO<sub>2</sub>-Zwangssysteme, Berichtspflichten ... müssen abgeschafft bzw. maximal reduziert werden.“ (S. 100–101)
- » „Senkung der Energiekosten, beschleunigte Genehmigungen, geringere Abgabenlast und steuerliche Entlastung von Investitionen“ (S. 100–101)
- » „Buy BW“-Signalprogramm: Landesbehörden und landeseigene Unternehmen sollen ihren Fuhrpark bevorzugt mit in Baden-Württemberg produzierten Fahrzeugen ausstatten (S. 100–101).

#### *Finanzbeziehungen und Steuern*

- » „Hebesatzrechte bei einer Grunderwerbsteuer sollen erweitert werden.“ (S. 27)
- » „Kommunen sollen künftig ein Hebesatzrecht beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer erhalten.“ (S. 27)

#### *Bauen und Wohnen*

- » „Senkung der Grunderwerbsteuer und steuerliche Absetzbarkeit der Bauzinsen“ (S. 121)
- » „Anlagenpflicht ersatzlos streichen“ (energiepolitische Maßnahmen im Baubereich) (S. 121).

#### *Rundfunkbeitrag*

- » „Sofortige Abschaffung des Rundfunkzwangsbeitrags“ (S. 30).

#### *Risiken für Selbständige*

Folgende Punkte enthalten ausdrücklich Rege-

lungen mit finanzieller oder steuerlicher Wirkung:

- » „Hebesatzrechte bei einer Grunderwerbsteuer sollen erweitert werden.“ (S. 27)
- » „Kommunen sollen künftig ein Hebesatzrecht beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer erhalten.“ (S. 27)

Weitere ausdrücklich benannte Steuererhöhungen, neue Abgaben, Umlagen oder zusätzliche gesetzliche Pflichten für Unternehmen mit finanzieller Wirkung werden im Wahlprogramm nicht explizit formuliert.



Programmtitel:

***Menschen statt Profite.***

Umfang: 90 Seiten

#### *Für Selbständige relevante Punkte*

##### *Steuern und Abgaben*

- » Ausbau der Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftssteuer, damit „alle Betriebe und besserverdienende Selbständige, zum Beispiel Anwältinnen, Notarinnen und Architekt\*innen, einen Beitrag zur Finanzierung der kommunalen Infrastruktur leisten.“ (S. 44)
- » Möglichkeit für Kommunen, mit dem Mobilitätspass eine Nahverkehrsabgabe zu erheben, um Arbeitgeber\*innen mit einer Abgabe an der Finanzierung des Nahverkehrs zu beteiligen. (S. 45)

##### *Arbeit und Arbeitsrecht*

- » Landesspezifischer Mindestlohn von 60 Prozent des monatlichen Medianeinkommens in Baden-Württemberg (aktuell etwa 17 Euro pro Stunde), jährliche Anpassung mindestens in Höhe der Inflation. (S. 36)
- » Landestariftreugesetz: Öffentliche Aufträge, Zuschüsse und Fördermittel nur an tarifgebundene Unternehmen; Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien bei öffentlicher Auftragsvergabe. (S. 36)
- » Nachweispflicht zur Abschaffung bestehender Lohnungleichheiten (Gender Pay Gap, Migration Pay Gap) für Betriebe und



Verwaltungen. (S. 36)

- » Prekäre Arbeit abschaffen: keine Befristungen ohne Sachgrund, keine Leiharbeit, keine Mini- und Midi-Jobs ohne volle Sozialversicherung; Einschränkung von Sachgründen für Befristungen. (S. 36–37)
- » Mehr betriebliche Mitbestimmung, auch bei Anwendung von Künstlicher Intelligenz und wirtschaftlichen Fragen. (S. 37)
- » Pflichtmitgliedschaft aller (auch Selbstständige) in der gesetzlichen Rentenversicherung im Rahmen einer gerechten Finanzierung der Rente. (S. 38)

#### *Vergabe und öffentliche Aufträge*

- » Öffentliche Aufträge nur an tarifgebundene Betriebe mit gewählten Betriebsräten. (S. 64)
- » Aufträge und Fördermittel des Landes nur an Betriebe, die Gleichstellungspläne erstellen, Vielfalt praktizieren und sich tariftreu verhalten. (S. 52)
- » Vorrang für gemeinnützige, genossenschaftlich organisierte Unternehmen bei Ausschreibungen sowie potentiell höhere Förderungen. (S. 37)

#### *Ausbildung*

- » Ausbildungsumlage: Jeder Betrieb ab 10 Arbeitsplätzen soll ausbilden. Betriebe, die nicht ausbilden, müssen in eine Ausbildungsumlage einzahlen. (S. 57)

#### *Industrie- und Strukturpolitik*

- » Strukturfonds in Höhe von 2 Mrd. Euro pro Haushaltsjahr zur Förderung von Betrieben, insbesondere in genossenschaftlicher, belegschaftseigener oder öffentlicher Hand. (S. 64)
- » Investitionsprogramm von jährlich 2 Mrd. Euro zur Unterstützung von Zuliefererbetrieben bei Transformation, Kapitalausstattung und Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. (S. 64)
- » Möglichkeit öffentlicher Beteiligung oder Übernahme von Betrieben bei verweigerter Transformation oder bei öffentlicher Unterstützung zum Erhalt von Betrieben. (S. 64)

### *Landwirtschaft*

- » Gezielte Anreizstruktur für landwirtschaftliche Betriebe, um auf 100 Prozent ökologische und nachhaltige Bewirtschaftung umzustellen. (S. 72)
- » Verpflichtung zur Installation von Videoüberwachungssystemen in allen Ställen und Schlachthäusern. (S. 72)
- » Landeseigene Flächen bevorzugt an nachhaltig und tierfrei wirtschaftende Betriebe vergeben. (S. 72)

### *Risiken für Selbständige*

(Erfasst werden ausschließlich ausdrücklich benannte Belastungen oder Verpflichtungen.)

- » Ausbau der Gewerbesteuer zur Gemeindefortschrittssteuer, Einbeziehung „aller Betriebe und besserverdienender Selbständiger“. (S. 44)
- » Nahverkehrsabgabe für Arbeitgeber\*innen über den Mobilitätspass. (S. 45)
- » Ausbildungsumlage für Betriebe ab 10 Arbeitsplätzen, sofern nicht ausgebildet wird. (S. 57)
- » Landesspezifischer Mindestlohn mit dynamischer Anpassung. (S. 36)
- » Tariftreuepflicht bei öffentlicher Auftragsvergabe, Beschränkung öffentlicher Aufträge und Fördermittel auf tarifgebundene Unternehmen. (S. 36; S. 64)
- » Nachweispflicht zur Abschaffung bestehender Lohnungleichheiten in Betrieben. (S. 36)
- » Pflichtmitgliedschaft auch für Selbständige in der gesetzlichen Rentenversicherung. (S. 38)
- » Verpflichtende Videoüberwachung in Ställen und Schlachthäusern. (S. 72)

### **Am 8. März wählen gehen!**

*Ihre Stimme zählt!*

### *Ihre Stimme entscheidet!*

Am 8. März 2026 haben Sie die Chance, die Zukunft Baden-Württembergs aktiv mitzugestalten – und gerade für Solo-selbständige sowie Inhaber kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) ist diese Landtagswahl von entscheidender Bedeutung. Ihre Stimme beeinflusst die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Land: von Bürokratieabbau und Landesförderprogrammen über Bildung und Fachkräftesicherung bis hin zu Energiepolitik und Infrastruktur.

Die Landespolitik legt fest, wie investitionsfreundlich Baden-Württemberg bleibt, wie praxisnah Gesetze ausgestaltet werden und ob der Mittelstand gezielt gestärkt oder durch zusätzliche Vorgaben belastet wird. Gerade in einem wirtschaftsstarken Bundesland wie Baden-Württemberg werden die Weichen für Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerische Freiheit auf Landesebene gestellt.

Wer nicht wählt, überlässt anderen die Entscheidung über die Zukunft unserer Unternehmen im Südwesten. Nutzen Sie Ihr Wahlrecht und setzen Sie ein Zeichen für eine wirtschaftsfreundliche, verlässliche und faire Politik!

*Am 8. März 2026: Wählen gehen – für Ihre Selbständigkeit, Ihr Unternehmen und eine starke Wirtschaft in Baden-Württemberg!*



---

**Herausgeber**

Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V.  
Behrenstr. 42  
10117 Berlin  
Tel.: +49 [0] 30 204 598 54 | Fax: +49 [0] 30 204 55 320  
E-Mail: [info@esd-ev.de](mailto:info@esd-ev.de) | Web: [www.esd-ev.de](http://www.esd-ev.de)

**ViSdP:** Timo Lehberger

**Redaktion/Koordination:** Sascha Langguth, Timo Lehberger

---